



Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

Unterstützung der Familien in der Corona-Krise

Der Landtag wolle beschließen:

Die aktuelle Coronavirus-Pandemie stellt für Kinder, Jugendliche, Eltern, Großeltern und ihre Familien eine große Belastung dar. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag, dass die Landesregierung u.a. mit der stufenweisen Wiederaufnahme des Regelbetriebes in Schule und Kindertageseinrichtungen Maßnahmen ergriffen hat, um die Situation für Großeltern, Eltern und Kinder zu verbessern. Der Landtag begrüßt, dass die Ministerien diese Schritte in enger Abstimmung mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft getroffen haben. Der Landtag bittet, dass dieser fachliche Austausch fortgeführt wird und auch weiterhin eine intensive Abstimmung zwischen den Ministerien stattfindet.

Der Landtag bittet die Landesregierung zudem, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Erkenntnisgewinne zur Ausbreitung von SARS-CoV-2 bei Kindern und Jugendlichen

Um weitere Erkenntnisse über die Ausbreitung von SARS-CoV-2 bei bzw. durch Kinder und Jugendliche zu erhalten, bedarf es auch in diesem Bereich weiterer wissenschaftlicher Untersuchungen. Neben den Erfahrungen und Studien aus anderen Ländern sollen begleitend zu den weiteren Öffnungen von Schulen und Kindertageseinrichtungen daher auch Erkenntnisse über eigene Testreihen gewonnen werden.

2. Strategie für den Umgang mit einer ggf. zweiten Welle entwickeln

Das schrittweise Vorgehen der Landesregierung erweist sich als richtig. Trotzdem ist es nicht auszuschließen, dass ein erneutes erhöhtes Infektionsgeschehen auftreten kann. Für diesen Fall soll die Landesregierung unter Einbeziehung der Träger bis zum 31. August eine Strategie entwickeln, wie Schulen und Kindertagesstätten

schnell Hygiene- und Abstandsregeln umsetzen können und möglichst wenig geschlossen werden müssen. Dafür sind insbesondere regional begrenzte Maßnahmen in den Fokus zu nehmen.

3. Teilzeit für Eltern während der Corona-Pandemie vereinfachen und flexibilisieren

Homeoffice ohne externe Kinderbetreuung lässt sich nicht dauerhaft durchführen. Die Landesregierung wird deshalb gebeten, sich auf Bundesebene für eine Novellierung des Teilzeitgesetzes einzusetzen, sodass Eltern während der Dauer der Corona-bedingten Maßnahmen leichter in Teilzeit arbeiten und anschließend wieder auf ihre vorherige Arbeitszeit zurückkehren können.

4. Finanzieller Ausgleich für Kinder

Insbesondere Familien mit geringem Einkommen haben kaum Möglichkeiten, die in der Corona-Situation wegbrechende Tagesstruktur wie Kita, Schule, Mittagessen und Freizeitangebote auszugleichen. Dies gilt zum Teil auch für Familien, die von Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit betroffen sind und dadurch aufstockende Hilfen benötigen. Hier muss ein Ausgleich geschaffen werden. Der Landtag begrüßt, daher den vom Bund beschlossenen einkommensunabhängigen Kinderbonus von 300 Euro pro Kind.

Der Landtag bittet darüber hinaus die Landesregierung, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, den aktuell gültigen Regelbedarf für Arbeitslosengeld II Beziehende auf seine Angemessenheit hin zu evaluieren. Bei der Neubewertung des zugrundeliegenden „Warenkorbs“ sollen die durch die Coronavirus-Pandemie erlangten Erfahrungen, inklusive des Zivilschutzkonzept der Bundesregierung „Zuhause eine Notration anlegen“, mitberücksichtigt werden. Ziel muss es sein, einen realen und vor allem auskömmlichen Regelbedarf festzulegen.

5. Ausweitung des Kinderkrankengeldanspruchs für Eltern

In Pandemiezeiten bestehen erhöhte Voraussetzungen an die Gesundheit der Kinder, was den Zugang zu Bildungseinrichtungen angeht. Können Kinder im Regelfall auch mit leichten Erkältungssymptomen betreut werden, so ist das derzeit nicht der Fall. Dieses wird voraussichtlich noch auf lange Zeit gelten, bis ein Impfstoff gefunden wird. Die pro Kind vorgesehenen Kinderkrankentage für Eltern werden mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht ausreichen.

Ergänzend zur Landtags-Initiative zur Ausweitung des Kinderkrankengeldanspruchs (Drucksache 19/2021) bittet der Landtag die Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die maximale Anzahl der Krankentage pro Kind innerhalb der Corona-Krise auszusetzen.

Katja Rathje-Hoffmann
und Fraktion

Eka von Kalben
und Fraktion

Anita Klahn
und Fraktion